



AM 26.09. AUF DIE STRASSEN! WAS DIE „REFORMEN“ FÜR UNS BEDEUTEN...

Die Bundesregierung plant bedeutende Umwälzungen in der Gesundheit, im Sozialen und Arbeitsleben – zu Lasten der arbeitenden Menschen in Deutschland. Was tatsächlich beschlossene Regelungen und mögliche Pläne für uns bedeuten, wollen wir näher betrachten.

REFORM DER GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG (GKV)

Krankwerden wird in Deutschland künftig noch teurer. Mit der am 10. Juli im Bundestag beschlossenen Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung werden insgesamt 18,8 Milliarden Euro konsequent auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten eingespart. Das hat spürbare Folgen für unseren Alltag: Wir müssen mit noch höheren Zuzahlungen bei Medikamenten rechnen, das Ende der kostenlosen Mitversicherung von Ehepartnern hinnehmen und bekommen weniger Zuschüsse bei Zahnersatz oder der Einholung von Zweitmeinungen vor OPs. Schon jetzt werden immer mehr Arzneien, Krankenhausaufenthalte und Hilfsmittel privat auf uns abgewälzt, während gleichzeitig beim Personal und der Infrastruktur gespart wird, um Profit zu generieren. Statt die ungerechte Zwei-Klassen-Medizin (Privat vs. Gesetzlich) endlich abzuschaffen und die gesundheitliche Versorgung zu stärken, wird das System weiter kommerzialisiert – und die Kosten werden Stück für Stück an uns weitergereicht.

KAMPF UM DEN 8-STUNDEN-TAG

Während in der Industrie zehntausende Arbeitsplätze vernichtet werden, verschärft die herrschende Politik den Druck. Das Bürgergeld wird zusammengestrichen. Wer künftig einen Termin beim Jobcenter verpasst, dem droht der totale Entzug der Existenzsicherung. Gleichzeitig steht der gesetzliche 8-Stunden-Tag massiv unter Beschuss. Zudem sollen die Regelungen für Krankentage drastisch verschärft und die Auszahlung bei Arbeitsunfähigkeit gekürzt werden. Ergänzt wird dieser Druck durch den geplanten Ausbau sachgrundloser Befristungen auf bis zu 48 Monate und sechs Verlängerungen, was reine Erpressung ist! Wer nicht weiß, ob der Vertrag verlängert wird, überlegt sich dreimal, ob man im Betrieb widerspricht oder sich gewerkschaftlich organisiert – wovon migrantische Beschäftigte mit einer Befristungsquote von 17 Prozent besonders hart betroffen sind.

KÜRZERE ELTERNZEIT – FATAL BEIM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL

2025 lag die Geburtenrate in Deutschland bei nur noch

1,32 Kindern pro Frau – der niedrigste Wert seit 1997. Dabei ist das Nachwuchsproblem längst so groß, dass jährlich eine Nettoeinwanderung von 400.000 Arbeitskräften nötig wäre, um die Lücke zu schließen. Doch statt Familien zu entlasten, bleibt die Politik kinderunfreundlich: Fehlende Kita-Plätze, hohe Gebühren und fehlende Unterstützung bei der Sorgearbeit erschweren das Leben von Eltern massiv. Der neueste Vorstoß von Familienministerin Karin Prien (CDU) passt ins Bild: Das Elterngeld soll zwar minimal steigen, die Bezugsdauer wird jedoch von 14 auf 12 Monate verkürzt – unterm Strich ein reines Spargeschäft für die Bundeskasse. Besonders für Frauen hat das direkte Folgen: Mangels Betreuungsplätzen werden viele nach einem Jahr gezwungen sein, in reduzierte Arbeitsverhältnisse zurückzukehren. Das verschärft die finanzielle Abhängigkeit vom Partner und drängt Frauen direkt in die Altersarmut. Während in jeder Talkshow über den Fachkräftemangel debattiert wird, spart die Bundesregierung lieber weiter am Nachwuchs und an der Zukunft der Familie.

WAS NOCH FOLGT...

Bereits jetzt hat die Bundesregierung weitere „Reformen“ angekündigt: in der Rente, der Pflegeversicherung und im Arbeitsrecht. Gleichzeitig steigen die Militärausgaben in Deutschland immer weiter und erreichen neue Ausmaße. Mit der „Kriegstüchtigkeit“ soll die gesamte Gesellschaft für neue Kriege überzeugt und gewonnen werden. Die Kürzungen und Angriffe im Sozialen und in der Arbeit sind also sichtbar direkte Folgen der deutschen Aufrüstung. Mit Verbesserung – zumindest für Werk tätige, chronisch-Kranke, Kinder, Frauen oder Jugendliche – hat all das nichts zu tun. Seien wir deshalb nicht leise und lassen das alles einfach so geschehen. In den kommenden Monaten finden immer wieder Sozialproteste statt – am 26.09. ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in 15 Städten zentralen Aktionstag gegen die Kürzungen auf und diesen gilt es nun für uns zu stärken! Nur wenn wir uns daran beteiligen, können wir deutlich machen, dass wir diese Einschnitte nicht einfach akzeptieren werden. Deshalb nimm du auch an den kommenden Protesten teil!

